

INSELPITAL REKRUTIERT IM AUSLAND

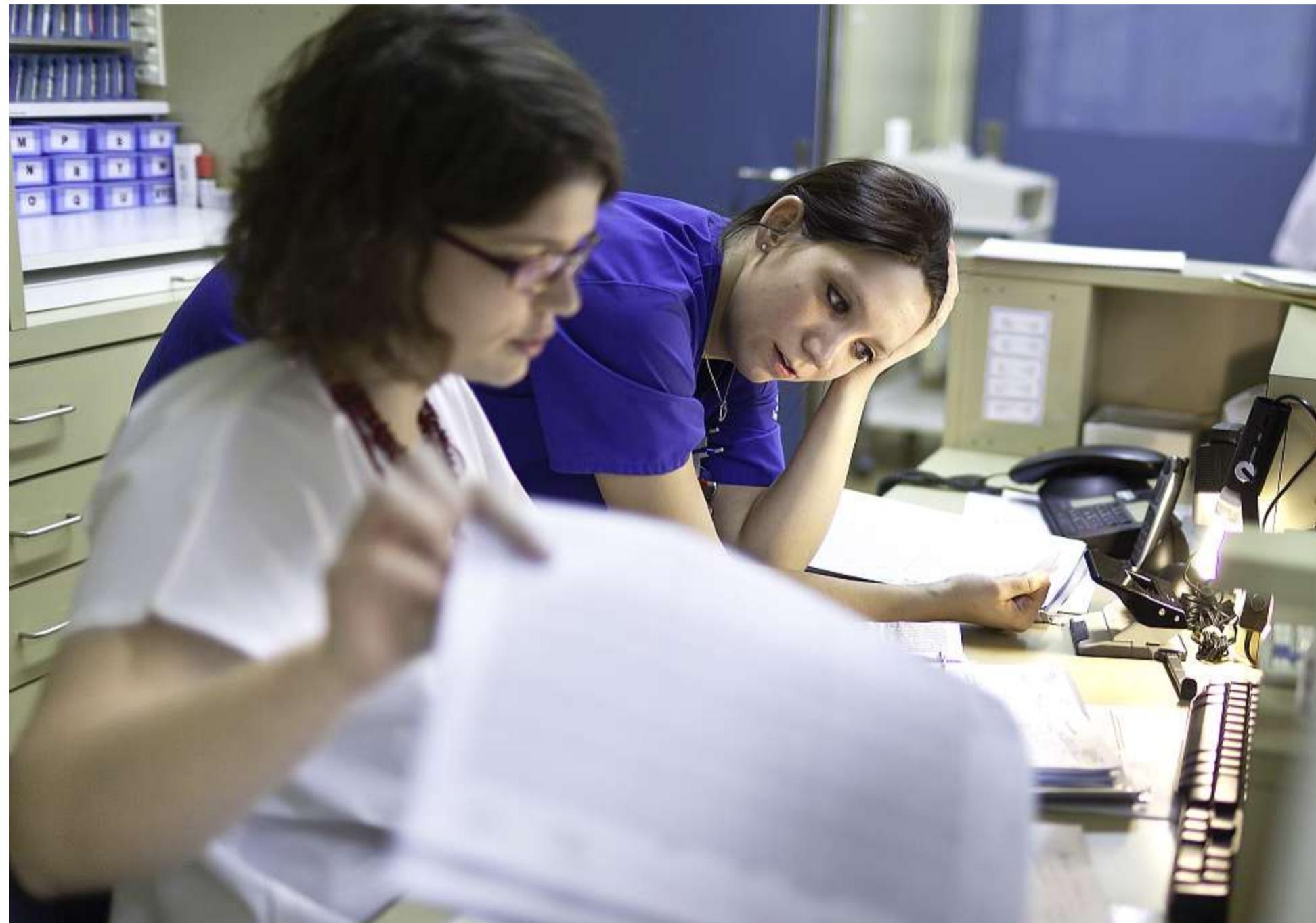
Mit spanischen Pflegefachfrauen gegen den

Das Inselpital hat viel zu wenig Pflegefachleute. Daher hat das Spital in Spanien Stellen ausgeschrieben, um zu zusätzlichem Personal zu kommen. Die ausgewählten Pflegefachfrauen sind jedoch immer noch in ihrer Heimat am Deutschlernen.

«Suiza busca enfermeras en Galicia» – «Die Schweiz sucht in Galicien Krankenschwestern»: So lautete die Schlagzeile in der spanischen Regionalzeitung «La Voz de Galicia». Dies, obwohl die Berufsbezeichnung Krankenschwester in der Schweiz gar nicht mehr existiert (siehe Kasten). Der Grund für den Zeitungsartikel: In Spanien tauchten letzten Sommer Stelleninserate auf (wir berichteten). Das Berner Inselpital ging gemeinsam mit der Zürcher Universitätsklinik auf Personalsuche. Warum in Spanien? Der kranke Mann der Europäischen Union rappelt sich zwar nach fünf Jahren der Rezession gerade auf und setzt zu einer wirtschaftlichen Aufholjagd an. Doch noch immer ist in Spanien jeder Vierte ohne Arbeit, darunter auch viel Pflegefachpersonal. Weil deren Bachelorstudium ungefähr das gleiche Niveau hat wie die Ausbildung in der Schweiz, versuchte das Inselpital dort sein Glück.

Von 3000 Interessierten blieben nur 40 übrig

Mindestens 5000 Franken stellten die Schweizer Inserate den spanischen Pflegefachfrauen und Krankenpflegern in Aussicht. Kein Wunder, meldeten sich rund 3000 Interessierte. Viele reisten sogar extra nach Barcelona oder Madrid, wo die Schweizer Personalvermittlungsfirma Carepers im Auftrag des Inselpitals Informationsveranstaltungen durchführte. Der grösste Teil der Interessenten sprang aber letztlich wieder ab. «Schliesslich konnten wir mit 40 Bewerberinnen in Madrid ein persönliches



Auf dem spanischen Arbeitsmarkt aktiv: Das Inselpital versucht, via die Personalvermittlungsfirma Carepers spanische Pflegefachfrauen nach Bern zu holen.

Gespräch führen», sagte Markus Hächler, der Mediensprecher des Inselpitals, gegenüber dieser Zeitung. Mehr Details zur Rekrutierung wollte dieser jedoch nicht verraten. Die Konkurrenz der Spitäler bei der Suche nach Per-

«Schliesslich konnten wir mit 40 ein persönliches Gespräch führen.»

Markus Hächler, Inselpital

sonal ist dermassen angespannt, dass Hächler sagte: «Wir wollen nicht via Presse Gratistipps abgeben.»

Gesprächiger ist René Mangold, der Geschäftsführer der Firma Carepers, welche dem In-

selspital bei der Personalsuche in Spanien zur Seite stand. Er nannte drei Gründe, warum die spanischen Pflegefachleute letztlich doch nicht so zahlreich nach Bern drängten wie zuvor zu den Informationsveranstaltungen:

Einigen fehlt die vollständige Ausbildung. Viele schreckten die Wochenenddienste ab, welche sie am Inselpital leisten müssten. Und die dritte Hürde war der Deutschkurs, den die spanischen Bewerberinnen ab-

Ein Zaun bremst die Invasion der Tausendfüssler

SEEDORF Die Invasion der Tausendfüssler ist heuer weniger schlimm als in früheren Jahren. Dazu beigetragen hat ein Plastikzaun am Wiesenrand eines betroffenen Quartiers. Vielleicht steht der grosse Ansturm aber noch bevor.

Ende September, Anfang Oktober kämpfen die Bewohner einiger Quartiere von Seedorf gegen ein Massenphänomen. Wie aus dem Nichts krabbeln nachts jeweils Tausendfüssler in die Gärten und kriechen die Hauswände hoch. Die glänzenden schwarzen Gliederfüsser tauchten vor acht Jahren auf und wurden zunehmend zur Plage. Die Betroffenen wussten sich gegen die Invasion kaum noch zu wehren.

Rückgang

Auch dieses Jahr sind in Seedorf die Tausendfüssler seit Anfang September zurück, allerdings hält sich der Ansturm bis jetzt in Grenzen. «Bei uns hat es gegenüber früher massiv gebessert, pro Nacht findet man nur noch bis zu zehn Stück», sagt Rudolf Bigler. Er wohnt im sogenannten Vogelquartier, wo die Strassen Vogelnamen tragen. Von den «Würmern», wie die Seedorfer sie auch nennen, sind dort zehn Liegen-

schaften betroffen. Bis vor zwei Jahren waren Biglers Hauswände und diejenigen mehrerer Nachbarn Nacht für Nacht schwarz, Hunderte von Tieren mussten jeweils entfernt werden.

Froschzaun

Nun sind deutlich weniger Tiere zu sehen. Mitgeholfen hat ein Zaun aus Plastik, den die Gemeinde vor einem Jahr auf Druck

der Betroffenen am Wiesenrand des Vögeliquartiers aufstellte. Das habe rasch gewirkt, bestätigt Rudolf Bigler. Die Plastikbahnen sind 200 Meter lang und am unteren Rand in den Boden versenkt. Sie gleichen einem Froschzaun, doch anders als bei den Amphibien staunen sich in Seedorf kaum Tausendfüssler am Plastik.

«Wir haben dort nie viele Tiere gefunden», sagt Gemeindeschreiber Yves Marti. Der Zaun stoppe zwar die Tausendfüssler, ganz verhindern könne er die Wanderung aber nicht.

Gifteinsetz

Vor einem Jahr setzte die Gemeinde zur Vernichtung der Füssler eine Zeit lang Insektizid ein. «Damit haben wir aufgehört, denn es sollen nicht andere Tiere oder das Grundwasser belastet

werden», so Marti. Mit dem Einsatz des Insektizids vor einem Jahr sei die Zahl der «Würmer» fast auf null zurückgegangen, sagt eine Betroffene, die anonym bleiben will. Sie vermutet, jetzt habe es wieder mehr Tiere, weil kein Gift mehr gespritzt werde.

Wanderoute

Vielleicht sind die Tausendfüssler auch ausgewichen. Letztes

Jahr litten nämlich Bewohner im Bifang im Dorfteil Baggwil stark unter ihnen. Baggwil liege südlich des Vögeliquartiers und grenze ebenfalls an Wiesen und Äcker. «Es war eine Katastrophe. Ich sammelte teilweise innerhalb von zwei Tagen zweieinhalf Kilogramm Tausendfüssler ein», erinnert sich Bewohner Willi Burtscher. «Sie krochen überallhin, vom Keller bis zum Estrich. Sogar



Zeigt Wirkung: Der Plastikzaun in Seedorf hält die Massenwanderung der Tausendfüssler in Grenzen. In diesem Herbst leiden die Quartierbewohner deutlich weniger als in früheren Jahren.

Andreas Blatter

«Vor einem Jahr wars eine Katastrophe. Die Tausendfüssler krochen überallhin, vom Keller bis zum Estrich. Sogar im Auto hatten wir welche.»

Willi Burtscher



Unappetitlich: Früher kamen die Tiere zu Tausenden.

Tobias Anliker/BT

Personalmangel



Keystone

Aufwand scheutn viele Interessierte. Und nun ist dieser Deutschkurs auch der Grund dafür, weshalb das Inselspital auch ein Jahr nach der aufwendigen Personalsuchaktion in Spanien immer noch keine einzige Bewerberin tatsächlich beschäftigen kann. Die 40 Bewerberinnen, welche das Inselspital in Madrid ausgewählt hat, sind nämlich immer noch an ihrem Online-sprachkurs. Erst wenn sie genug gut Deutsch sprechen, werden sie vom Inselspital definitiv angestellt. René Mangold räumt ein: «Der Sprachkurs dauert länger, als wir uns gedacht haben.» Etliche der Bewerberinnen aus Spanien seien nicht arbeitslos, sondern müssten den Deutschkurs neben ihrer Arbeit absolvieren. Das braucht mehr Zeit.

Berufsverband: Besser in eigene Ausbildung investieren

Und was sagt der Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) dazu, dass sich die Insel ihre Angestellten in Spanien sucht? «In Anbetracht des Notstandes ist das nachvollziehbar», räumt Helena Zaugg ein, die Präsidentin der Sektion Bern des SBK. Für sie ist jedoch klar: Eine gute Lösung ist es nicht. Anstatt Geld in spanische Stelleninserate, Informationsveranstaltungen und Deutschkurse zu investieren, wäre es nützlicher, in die Ausbildung der hiesigen Pflegefachpersonen zu investieren. Konkret kritisiert sie: «Im Kanton Bern können sich Personen, die nicht in Bern oder in Thun wohnen, die Ausbildung teilweise gar nicht leisten. Für Unterkunft, Essen und Reisekosten reicht die Ausbildungsentschädigung von rund 1000 Franken nämlich nicht.»

Dass sich das Inselspital und andere Schweizer Spitäler künftig wieder mehr auf den heimischen Arbeitsmarkt konzentrieren, ist jedoch unwahrscheinlich. Insel-Sprecher Markus Hächler versicherte nämlich, noch bevor

Viele schreckten die Wochenenddienste ab, welche sie am Inselspital leisten müssten.

eine Bewerberin die Arbeit angetreten hat: «Die Aktion war ein Erfolg – wir werden sie vermutlich wiederholen.»

Auch René Mangold von der Firma Carepers lässt sich nicht entmutigen. Er kann sich sogar vorstellen, auch in Portugal Personal für Schweizer Spitäler zu

BERUFSBEZEICHNUNGEN

Krankenschwestern gibt es nicht mehr

Es ist ein kleiner, aber wichtiger Unterschied: Fachangestellte Gesundheit sind nicht das Gleiche wie Pflegefachleute. Gesucht sind vor allem Letztere. Denn sie sind länger und besser ausgebildet als Fachangestellte.

Früher war es einfach: Die Personen, die im Spital Spritzen verabreichten und Verbände wechselten, waren Krankenschwestern und Krankenpfleger. Doch vor zehn Jahren wurden sie umbenannt in Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner. Damit begann die Verwirrung um die Berufsbezeichnungen. Denn fast gleichzeitig wurde ein neuer Beruf geschaffen: die Fachangestellten Gesundheit – oder kurz: Fage. Obwohl diese vom selben Fach sind wie die Pflegefachleute, sind es keine Krankenschwestern und Krankenpfleger. Fachangestellte Gesundheit haben bloss eine dreijährige Lehre hinter sich. Pflegefachfrauen oder Pflegefachmänner hingegen absolvieren eine längere Ausbildung: Sie müssen eine Matur

suchen. Carepers wirbt zudem für philippinische Pflegekräfte. Denn diese seien leicht zu integrieren, sie seien sprachgewandt und: «Die für Pflegeberufe nötigen Qualitäten Empathie und Respekt vor älteren Menschen sind bei philippinischen Arbeitskräften sehr ausgeprägt.» Der einzige Nachteil: Sie dürfen höchstens 18 Monate und nur als Stagiaires in der Schweiz bleiben. Akutspitäler wie die Insel stellen jedoch in der Regel keine Stagiaires an. Die philippinische Personal vermittelt Carepers daher vorwiegend an Alters- und Pflegeheime.

Esther Diener-Morscher

Bahnhof: Die Polizei büsst 34 Velofahrer



Suche den Fehler im Bild: Jemand hält sich hier nicht an die Verkehrsregeln. Ist es wohl das Tram oder eher der Velofahrer?

Stefan Anderegg

STADT BERN Bei einer Kontrolle zwischen Bahnhof und Bubenbergplatz hat die Polizei gestern Morgen 34 fehlbare Velofahrer gebüsst.

Zwischen sieben Uhr und halb neun Uhr morgens war die Kantonspolizei Bern gestern mit einem grossen Aufgebot am Berner Bahnhof im Einsatz. Zwischen dem Bubenbergplatz und dem Baldachin kontrollierten die Polizisten den Langsamverkehr. Hauptaugenmerk lag dabei auf der Einhaltung des Fahrverbots.

Insgesamt hat die Polizei 50 Velofahrer kontrolliert, 34 wurden gebüsst, angezeigt wurde niemand.

Für die Kantonspolizei ist der Bereich um den Berner Bahnhof einer der Hotspots des Langsamverkehrs, dort macht die Polizei regelmässig Kontrollen. «Hier setzen sich viele Verkehrsteilnehmer erhöhter Gefahr aus», sagte Peter Hirter, Dienstchef der Verkehrspolizei. Das gelte nicht nur für Zweiradfahrer, sondern auch für manche Fussgänger. «Ich appelliere an die Vernunft aller Verkehrsteilnehmer. Letztlich will niemand, dass ihm selbst oder einem anderen Verkehrsteilnehmer etwas geschieht», so Hirter.

In nächster Zeit ist rund um den Bahnhof mit weiteren Kontrollen zu rechnen.

rah

Gemeinde fordert alte Rechte ein

ITTIGEN In einem Vertrag von 1976 steht: Die Gemeinde sollte ein Landstück kostenlos erhalten – Ende 2040. Nun hat die Besitzerin das Grundstück aber einfach weiterverkauft.

Es ist ein Gerichtshandel der Kategorie merkwürdig. «So etwas habe ich noch nie erlebt», sagt zumindest Kurt Zbinden, Leiter der Ittiger Bauabteilung. Die Gemeinde selber tritt im Verfahren als Klägerin auf. Vor Verwaltungsgericht geht es um einen Vertragsbruch. Zbinden zeigt sich erstaunt, dass jemand eine Vereinbarung eingeholt, um sie dann einfach zu missachten.

Allerdings, schon die Grundlage der Klage ist speziell: Es geht um einen Vertrag, unterzeichnet am 3. Juni 1976, zwischen der damaligen Viertelsgemeinde Ittigen und einer Erbgemeinschaft. Diese besass Land unter und oberhalb der Worblaufenstrasse.

Offenbar hat Ittigen damals bei der Ortsplanung die Parzellen planerisch aufgewertet. Im Gegenzug bot die Erbgemeinschaft ein Stück des Landes an: eine Parzelle, eingeklemmt zwischen Worblaufenstrasse und Fischrainweg, direkt neben dem alten Coop. Darauf steht ein

grosszügiges Herrschaftshaus, umgeben von Tannen und Laubbäumen.

Ein «unüblicher» Vertrag

Im Vertrag wurde vereinbart, dass die Erbgemeinschaft das Grundstück samt Gebäuden kostenlos abtritt – allerdings erst im Jahr 2040. Eine Abmachung, die Zbinden als «unüblich» bezeichnet, zumal sie nicht sofort ins Grundbuch eingetragen wurde. Das damalige Ziel der Gemeinde sei bekannt: «Man wollte das Gebäude nach 2040 abreißen und so die Grünzone erhalten.»

Unterdessen ist klar: Ittigen wird das Grundstück nie bekom-

men. Schon bald ging es an eine einzelne Erbin über, an eine heutige 72-jährige Frau, die in Solothurn lebt. Sie verkauftete das Grundstück vor zehn Jahren allerdings weiter, für 950 000 Franken. Heute gibt die Frau zu: Der Deal kam nur zustande, weil sie die Käufer ausdrücklich von jeglichen Forderungen der Gemeinde entband.

Vertragsbruch erst 2040?

2011 erhob die Gemeinde Klage gegen die Frau. Das Regierungsstatthalteramt gab Ittigen recht, doch die Frau zog vor Verwaltungsgericht. Sie verteidigt sich mit einem bunten Strauss an Ar-

gumenten: Die Forderung sei längst verjährt, sagt sie. Ein Notar habe sie schlecht beraten. Und sowieso sei es noch möglich, den Vertrag zu erfüllen. Erst 2040 habe die Gemeinde Grund zu klagen.

Das Verwaltungsgericht folgte diesen Argumenten nicht. Die Frau muss Schadenersatz zahlen. Sie sei «weder in der Lage noch gewillt, die vertragliche Leistung zu erbringen», heisst es im Urteil, das noch nicht rechtskräftig ist. Die Gemeinde Ittigen fordert einen Betrag von 400 000 Franken. Die effektive Höhe wird vom Regierungsstatthalteramt festgelegt.

Dominik Galliker

Vor zehn Jahren verkaufte die Erbin das Grundstück für 950 000 Franken.



Das Herrschaftshaus sollte 2040 an die Gemeinde übergehen.

Psychische Gesundheit

INTERNETPLATTFORM Auf «psy.ch» sind in Zukunft Informationen zur psychischen Gesundheit abrufbar. Die Kantonale Gesundheitsdirektion startet die Internetplattform morgen Samstag.

Morgen startet auf dem Waisenhausplatz in Bern «psy.ch». Mit der Internetplattform will die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) die Bevölkerung über das Angebot im Bereich der psychischen Gesundheit informieren. «psy.ch» ist ein strukturiertes Onlineverzeichnis über die Versorgung, die Beratung und die Selbsthilfeangebote im Kanton Bern. Die Plattform enthält Informationen über Merkmale von psychischen Krisen. Sie richtet sich an Betroffene, Angehörige und Fachleute. Der Kanton finanziert die von der Interessengemeinschaft Sozialpsychiatrie Bern betriebene Plattform. Das Angebot beruhe auf der Tatsache, dass psychische Krankheiten häufig verschwiegen würden, da Betroffene mit Vorurteilen rechnen müssten, steht in der Mitteilung der GEF. Morgen stehen auf dem Waisenhausplatz den ganzen Tag über Fachleute bereit, Fragen zu beantworten.

pd